Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 258. [38. Jahrgang.] Donnerstag den 3. November 1898. [38. Jahrgang.] Nr. 258.

Berlin, den 2. November.

Politischer Tagesbericht.

Bekanntlich werden bei der Invaliditäts- und Altersversicherung die Beiträge für sämmtliche Versicherte in gleicher Höhe, nur nach den Lohnklassen abgestuft, erhoben. Es ist also auf die Höhe des Beitrags ohne Einfluß, ob der in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung stehende Arbeiter oder kleine Betriebsbeamte jung oder alt, ob er gesund oder kränklich ist. Eine Unterscheidung der Beitragssätze für etwa 12 Millionen Versicherte nach Lebensalter und Gesundheit wäre in der Praxis unausführbar, aber auch mit dem der Arbeiterversicherung zu Grunde liegenden großen sozialpolitischen Gesichtspunkt unvereinbar, daß die Wohlthaten dieser Versicherung allen, auf Grund gesetzlichen Zwanges derselben unterworfenen Personen in gleichem Maße zu Theil werden sollen. Bei alternden und kränklichen Personen besteht die Wahrscheinlichkeit, daß für sie bald eine Rente wird bewilligt werden müssen, in höherem Grade wie bei jungen und kräftigen Personen. Wollte man jenen eine höhere, diesen eine geringere Beitragsleistung auferlegen, so würden die Beiträge für die Ersteren so hoch werden, daß sie nicht nur für die Versicherten unerschwinglich, sondern auch für deren mitzahlende Arbeitgeber überaus drückend wären. Dies würde dazu führen, älteren Personen die Arbeitsgelegenheit erheblich zu erschweren oder wohl gar gänzlich zu entziehen, da der Arbeitgeber neben anderen Gesichtspunkten auch die finanzielle Belastung scheuen müßte, die ihm durch die höheren Versicherungsbeiträge erwachsen würde.

Werden aber für sämmtliche Versicherte gleich hohe Beiträge erhoben, so sind natürlich diejenigen Anstalten im Vortheil, in deren Bezirk überwiegend junge und kräftige Personen beschäftigt sind, und diejenigen Anstalten im Nachtheil, bei denen das Umgekehrte zutrifft. Hieran kann die sorgfältigste Verwaltung, die größte Peinlichkeit bei Bewilligung von Renten und Einziehung der Beiträge nichts ändern.

Die **Altersgruppirung** der in den Bezirken der einzelnen Versicherungsanstalten beschäftigten versicherten Personen, welche sich bei der gesetzlich garantirten Freizügigkeit und dem erklärlichen Bestreben der Arbeiter, dort Arbeit zu suchen, wo sie am lohnendsten ist, mit der Altersgruppirung der Gesammtbevölkerung des betreffenden Bezirks keineswegs deckt, ist also für die Belastung der einzelnen Anstalten von ausschlaggebender Bedeutung. Dies gilt nicht nur für die Belastung mit Altersrenten, sondern ebenso auch für die Belastung mit Invalidenrenten. Letzteres ist von besonderer Wichtigkeit, da die Invalidenrenten, wie für die Zeit nach Ablauf der ersten Uebergangsjahre regierungsseitig stets mit Nachdruck *betont* worden ist, an Zahl und Bedeutung viel erheblicher *sind als* die Altersrenten.

Wie groß der Umfang ist, den die Mehr- oder Minderbelastung mit Invalidenrenten für die einzelnen Versicherungsträger annimmt, je nachdem sie weniger oder mehr junge und kräftige Personen unter ihren Versicherten zählen, ergiebt sich aus der Invaliditätswahrscheinlichkeit der einzelnen Altersklassen.

Während diese Wahrscheinlichkeit bei dem Beginn der Wirksamkeit der Invaliditätsversicherung nur aus unvollkommenem, hauptsächlich die Berufsinvalidität einzelner Gruppen von Personen berücksichtigendem Material abgeleitet werden konnte, liegen jetzt die thatsächlichen Erfahrungen vor, welche während des fast achtjährigen Bestehens des Gesetzes gemacht worden sind. Daraus ergiebt sich Folgendes. Es ereignen sich jährlich im Durchschnitt auf 1000 Versicherte:

in den Altersjahren	Invaliditätsfälle
20 bis unter 40	1,6
40 „ „ 50	5,9
50 „ „ 60	16,8
60 „ „ 70	48.

Hiernach beläuft sich die Belastung durch Invalidenrenten bei 1000 Versicherten im Alter von 20 bis 40 Jahren unter sonst gleichen Verhältnissen auf nur $^1/_{30}$ der durch 1000 Versicherte im Alter von 60 bis unter 70 Jahren herbeigeführten Belastung, während doch alle diese Personen gleich hohe Beiträge entrichten. Anstalten mit einem den Reichsdurchschnitt übersteigenden Bestand von jungen Personen haben also in Folge dieser natürlichen, von den Verwaltungsmaßnahmen der Anstaltsorgane völlig unabhängigen Verhältnisse bei einer mindestens gleich hohen Beitragseinnahme sehr erheblich viel weniger Renten zu zahlen und demgemäß eine erheblich geringere Belastung, als Anstalten, in deren Bezirken die höheren Altersklassen überwiegen.

Die „Allg. Fleischerztg." bringt den jüngst erfolgten Besuch des preußischen Landwirthschaftsministers auf dem Berliner Zentralviehhofe in Zusammenhang mit einer von ihr gebrachten Nachricht, wonach die Einfuhr **lebender ungarischer Schweine** nach Deutschland demnächst gestattet werden würde. Wir konstatiren demgegenüber die Thatsache, daß der erwähnte Besuch des Landwirthschaftsministers lediglich der Besichtigung der vortrefflichen Neuanlagen und Erweiterungen des Zentralviehhofes gegolten hatte.

Das neue **französische Kabinet** hat gestern Nachmittag seine erste Sitzung abgehalten; die „Agence Havas" meldet darüber: Die Berathung dauerte bis 6½ Uhr. Es wurden alle Fragen der inneren und der auswärtigen Politik in ihrer Gesammtheit, einige auch in ihren Einzelheiten besprochen. Ueber alle Punkte wurde ein Einvernehmen erzielt.

Privatmittheilungen zufolge beschäftigten sich die Minister eingehend mit der Faschoda-Frage, theilten die Anschauungen Delcassés darüber und billigten seine bisherige Haltung und die von ihm gekennzeichnete Richtschnur seines künftigen Verhaltens. — Die Minister stimmten ferner den Gesetzentwürfen Peytrals über die Steuerreform zu. Sodann kam man überein, daß die Regierung in ihrer Erklärung vor der Kammer hervorheben solle, daß sie eine weitere Etappe zur vollständigen Einigung der republikanischen Partei sein wolle. Das Kabinet werde für die Gesetze über Unterstützungs- und Altersversorgungskassen ꝛc. eintreten. Was die Dreyfus-Angelegenheit angehe, so werde sich das Kabinet vor der Entscheidung des Kassationshofes beugen.

Ministerpräsident Dupuy begab sich um 7 Uhr in das Elysée und unterbreitete dem Präsidenten Faure die Dekrete betreffend die Bildung des neuen Kabinets zur Unterzeichnung. Die Minister werden sich heute dem Präsidenten Faure vorstellen; der nächste Ministerrath wird morgen (Donnerstag) abgehalten werden.

Eine uns aus London zugehende Korrespondenz vom 1. November verzeichnet, nach dortigen Blättern, folgende weiteren Mittheilungen über die **Maßnahmen** der **britischen Marineverwaltung:**

„Ueberall in den britischen Flottenstationen über dem weiten Erdkreis regt es sich. Von Shanghai wird gemeldet, daß das britische Geschwader nach Süden beordert worden ist. In Halifax in Neuschottland soll Admiral Fish den Befehl erhalten haben, sofort sich in Bereitschaft zu halten, in See zu stechen. Im fernen Vancouver werden die britischen Kriegsschiffe nachgesehen und zum aktiven Dienst bereitgestellt. Die britischen Wachtschiffe sollen, wie bekannt, zu einem Sondergeschwader versammelt werden. — In Devonport sind am Montag Abend das Wachtschiff von Holyhead, der „Colossus", und das Wachtschiff von Greenock, der „Benbow", beide seiner Zeit Wunder moderner Schiffsbaukunst, eingetroffen. Gestern Morgen langten das Schlachtschiff „Thunderer", welches die Einfahrt von Pembroke bewacht, und der „Collingwood", welcher die Einfahrt in die irische Bantry-Bai hütet, im Sund von Plymouth an. Fieberhafte Thätigkeit herrscht in Devonport. Gestern Abend ging der „Agamemnon" aus dem Dock, um dem „Benbow" Platz zu machen. Taucher untersuchen, ob der Boden des „Collingwood", des „Thunderer" und des „Colossus" in gutem Zustande ist. — In Portsmouth bekommen die Soldaten der königlichen Artillerie keinen Urlaub mehr. Alle Artilleristen lernen gegenwärtig die Maschinenkanonen hantiren. — Der Bau des Admiralitätsdocks und der Hafenwerke von Gibraltar ist der Firma Topham, Jones u. Railton in London übergeben worden. Die Baukosten belaufen sich auf 200 000 Lstr. Erst Freitag vor acht Tagen ist das Angebot acceptirt worden. Die Unternehmer sollen den Bau in Gibraltar sofort beginnen. Schon letzte Woche kam die Nachricht, daß die Londoner Freiwilligen den Befehl erhalten hätten, auf vierundzwanzigstündige Voraussagung bereit zu sein. Die Londoner Freiwilligen bilden ein großes Kontingent von Nicht-Berufssoldaten."

Laut einer Londoner Depesche von gestern haben sechs englische Torpedobootszerstörer, welche eine Geschwindigkeit von 30 Knoten in der Stunde haben und vorgestern in Dienst gestellt sind, Befehl erhalten, sich dem Kanalgeschwader anzuschließen.

* * *

Von einigen Seiten waren die englischen Marinemaßregeln mit angeblichen Absichten Rußlands in Sachen der egyptischen Frage in Zusammenhang gebracht worden. Daraufhin erklärt sich jetzt das „Reutersche Bureau" für ermächtigt, die in auswärtigen Blättern verbreiteten Meldungen von Schritten Rußlands in der egyptischen Frage als unbegründet zu bezeichnen.

In Sachen der **Expedition Marchand** erfährt der Londoner „Daily Graphic" Nachstehendes aus Paris aus amtlicher Quelle: Baratier sei nach Kairo entsandt worden mit dem Befehl an Marchand, nach Faschoda zurückzukehren und von dort aus mit seinen Begleitern in der Richtung nach dem oberen Ubanghi sich zurückzuziehen. Faschoda und fünf von den Franzosen östlich von der durch das deutsch-englische Abkommen festgesetzten Grenzlinie errichtete Posten sollen geräumt werden. Es sei der Vorschlag gemacht, diese Posten den egyptischen Behörden zu überlassen, und die egyptische Regierung soll gebeten werden, Truppenabtheilungen zu entsenden, um Marchand auf seinem Rückmarsch zu geleiten. Die Verhandlungen sollen auf Grund der von Courcel unterbreiteten Vorschläge eröffnet werden. Wenn Marchand von dem Vormarsch der Armee des Khedive Kenntniß gehabt hätte, heißt es weiter im „Daily Graphic", so wäre er nicht so weit nach Osten vorgedrungen.

* * *

Wie von heute Mittag aus Paris telegraphirt wird, erhebt die Mehrzahl der Blätter Einspruch gegen die Idee der Räumung Faschodas, welche eine Erniedrigung für Frankreich wäre. Indessen erklärt Cornély im „Figaro", es wäre Wahnsinn, Faschodas wegen einen Weltkrieg anzufachen. Yves Guyot meint im „Siècle", Marchand habe Faschoda offenbar endgültig verlassen.

* * *

Zu den **Sudan-Operationen** meldet eine „Reuter"-Depesche aus Kairo vom 31. Oktober: 500 Jehadieh, welche 400 Gewehre besaßen, haben unter Sultan Babekr Wadels Führung Ahmed Jedil verlassen und sich dem Obersten Parsons ergeben. Der größte Theil von Ahmed Jedils Streitmacht ist auf dem Marsche nach Ghedaref begriffen, um sich dort zu ergeben. Der Führer der Derwische hat sich mit seinen Baggaras und den anderen Anhängern nach dem Südosten zurückgezogen.

* * *

Lord **Kitchener** von Khartum wird nächsten Freitag von der City von London einen Ehrensäbel erhalten. Es ist — so wird uns dazu aus London geschrieben — der 43ste, welchen die City Offizieren, welche zu Lande und zur See den Ruhm des britischen Namens vermehrt haben, gewährt hat. Lord Vincent war der Erste, welcher einen solchen Degen von der City bekam. Nachdem er die spanische Flotte 1797 in Westindien fast vernichtet hatte, wußte der Gemeinderath keine neue Auszeichnung für den Sieger, nachdem er ihm schon 1794 ein goldenes Kästchen gewährt hatte. Ein Mitglied schlug einen Ehrendegen vor. Seit der Zeit hat die Sitte bestanden. Den letzten Ehrendegen der City hat der verstorbene Lord Alcester erhalten.

Pariser Blätter bringen jetzt nähere Mittheilungen über die letzten Verhandlungen der **amerikanisch-spanischen Friedenskommission,** in denen schließlich die Amerikaner, wie gemeldet, die Forderung erhoben, daß der ganze Philippinen-Archipel an die Vereinigten Staaten abgetreten wurde. Laut einer (in der „Köln. Ztg." auszugsweise wiedergegebenen) Darlegung des „Matin" sollen die Verhandlungen folgendermaßen verlaufen sein:

„In Betreff des ersten Punktes, der Aufgebung der Souverainetät Spaniens über Kuba und alle Kolonieen der Antillen, herrschte keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Kommissaren. Die Spanier hätten zwar vorgezogen, daß die Amerikaner im Interesse der spanischen Ansiedler auf Kuba einfach die Souverainetät übernommen hätten, die Amerikaner antworteten aber, das Schicksal Kubas werde in Washington geregelt werden, übrigens hätten die Vereinigten Staaten den Krieg nicht geführt, um Kuba einzuverleiben, sondern um Kuba frei zu machen. Spanien müsse sich daher fügen und auf alle Rechte auf Kuba verzichten. Die Spanier willigten schließlich in diesen ersten Punkt ein. Bezüglich des zweiten Punktes, der Abtretung Puerto-Ricos und der umliegenden Inseln an die Vereinigten Staaten als Kriegsentschädigung, entstanden auch keine sonderlichen Schwierigkeiten; aber die Spanier betonten, daß die Abtretung Puerto-Ricos der Bezahlung einer Kriegsentschädigung gleichkäme, und daß Spanien von jeder weiteren Verpflichtung der Zahlung einer Kriegsentschädigung in Geld befreit bliebe. Der dritte Punkt, die Regelung der kubanischen Schuld, stieß auf große Schwierigkeiten. Die Amerikaner behaupteten, Spanien müsse die kubanische Schuld übernehmen und die Insel frei von allen Lasten ausliefern, denn die spanische Schuld sei aufgenommen, um den Krieg gegen die Aufständischen zu führen, deren gutes Recht nunmehr durch den Sieg und durch den Friedensvertrag bekräftigt sei. Die Spanier weigerten sich, diese Ansicht anzuerkennen, und wollten Kuba nur mit der Schuld abtreten. Da darüber keine Einigung erzielt wurde, machten die Spanier den Vorschlag, die Reihenfolge der Gegenstände des Protokolls zu ändern und zuerst über die Philippinen zu berathen; so könnten die Amerikaner Gelegenheit finden, Spanien für seine großen Opfer einen Entgelt zuzugestehen. Die Amerikaner willigten in diesen Vorschlag ein, verlangten aber, daß die Spanier die Bestimmungen für Kuba vorläufig annähmen; die Spanier könnten, sagten sie, die Annahme dann wieder zurückziehen, wenn die Konferenz sich über die Philippinen nicht einigen könnte. Die Amerikaner vertagten ferner auf vier Tage die Mittheilung ihrer Vorschläge. So lagen die Dinge, als sich gestern (am 31. Oktober) die Friedenskonferenz wieder am Quai d'Orsay versammelte. Die Amerikaner erklärten, sie forderten die ganze Souverainetät über die Philippinen, und willigten ein, als Entschädigung die kleine auf dieser Kolonie lastende Schuld zu übernehmen. Die Spanier antworteten auf diese überraschende Forderung, sie würden am Freitag ihre Ansicht bekannt geben. Die Spanier sollen entschlossen sein, falls die Amerikaner ihre Forderungen nicht mildern, dem Friedensvertrage ihre Unterschrift zu verweigern und alle Verhandlungen abzubrechen."

* * *

Zur Haltung der Vereinigten Staaten betont eine Depesche des „Reuterschen Bureaus" aus Washington: Halbamtlich wird versichert, Amerika habe beschlossen, daß jeder Dollar wieder eingebracht werden solle, der für den Krieg, einschließlich der gegenwärtigen und zukünftigen Pensionen, ausgegeben ist. Zur endgültigen Bilanzirung der Kriegsausgaben und des Werthes der erworbenen Besitzungen glaube man, dürfe die an Spanien noch zu zahlende Entschädigungssumme 25 bis 40 Millionen Dollars nicht übersteigen. Der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten werde hier mit Gleichmuth entgegengesehen, da man glaube, daß Spanien außer Stande sei, irgend welchen Schaden zuzufügen.

* * *

Ein nach Madrid gesandtes Telegramm von den **Bisayas-Inseln** meldet, einige in spanischen Diensten stehende Eingeborene hätten sich empört. Dieselben seien jedoch geschlagen worden und hätten zahlreiche Todte auf dem Platze gelassen. Der Gouverneur der Inseln hofft, daß der Aufstand keinen größeren Umfang annehmen werde.

* * *

Eine Depesche der „Times" aus Havana vom 29. Oktober besagt: Eine von 100 000 Unterschriften bedeckte Petition fordert den Präsidenten McKinley auf, den Spaniern keinen längeren Verzug zur **Räumung Kubas** zu gewähren und Anstalten zu treffen, um der furchtbaren weitverbreiteten Noth zu begegnen. Wahrscheinlich wird die Petition Ende dieser Woche nach Washington abgesandt werden.

Betreffs der vom Kassationshofe beschlossenen **Ergänzungs-Untersuchung** in Sachen **Dreyfus** meldet auch der „Temps" auf Grund einer Mittheilung eines Mitgliedes der Anklagekammer des Kassationshofes, daß sämmtliche Mitglieder dieser Körperschaft sich an jener Untersuchung betheiligen werden. Die „Droits de l'Homme" erklären, der Kassationshof habe beschlossen, alle früheren Kriegsminister von Mercier an bis auf Chanoine in dieser Untersuchung zu vernehmen.

Der „Gaulois" hofft, der Kassationshof werde, bevor er amtlich einen Einblick in die geheimen Akten nehme, sich über die Folgen einer etwaigen Indiskretion vergewissern. Die Akten seien bisher aus drei Gründen geheim gehalten worden; erstens hätte eine Veröffentlichung im gegebenen Zeitpunkte ernsteste diplomatische Verwicklungen herbeigeführt — diese Gefahr sei gegenwärtig allerdings weniger zu befürchten —; zweitens würde die Organisation des französischen Spionagedienstes aufs Schwerste darunter leiden, und drittens würden hochgestellte Persönlichkeiten dadurch kompromittirt, deren selbstlose Intervention in der Dreyfus-Sache geheim gehalten werden müsse.

* * *

Aus den weiteren Erzählungen des Herrn Heß im „Matin" über den Gefangenen auf der Teufelsinsel sei Folgendes erwähnt:

Heß erzählt, daß in Cayenne viele Personen es sich in den Kopf gesetzt hatten, die Entweichung Dreyfus' durchzuführen: „Es war geradezu zu einer fixen Idee bei den unternehmungslustigen, vor nichts zurückschreckenden Kreolen, die diese französische Kolonie bewohnen, geworden, bei dieser Gelegenheit die erträumte Million (!) zu gewinnen. Man sprach überall von dieser Million als von einer Summe, die von der Familie für dieses Wagestück gewiß nicht verweigert werden würde. Aber schließlich mußte man sich doch in die Ueberzeugung finden, daß weder Dreyfus noch seine Familie von einer Entweichung etwas wissen wollten. Denn ein kühner Abenteurer, der sich zur Besprechung mit der Familie des Verurtheilten nach Frankreich begeben hatte, war von derselben ohne Weiteres mit seinen Vorschlägen zurückgewiesen worden. Die Versorgung Dreyfus' mit Lebensmitteln, Wäsche, Toilettegegenständen u. s. w., so weit diese das Regime der Strafverwaltung zuließ, hatte ein Mulatte im Auftrage der Familie übernommen. Der Mann, der Heß einfach erklärte, er habe diese Aufgabe gern als eine Pflicht der Menschlichkeit übernommen, heißt Paul Dufoury, und ist gleichzeitig Bäcker, Heizmaterial- und Spezereiwaarenhändler. Er zeigte dem „Matin"-Korrespondenten mehrere Schreiben Madame Dreyfus' und Herrn Mathieu Dreyfus', in denen ihm Besorgungen für den Gefangenen aufgetragen und Danksagungen für seine Bemühungen abgestattet werden. Uebrigens hat diese Mission dem Manne kein Glück gebracht; er verlor fast seine ganze Kundschaft, als es bekannt wurde, daß er sich um Dreyfus bekümmerte."

Aus Konstantinopel liegt folgende Meldung des „Wiener K. K. Telegr.-Corresp.-Bureaus" vor: Auf der Pforte ist es bekannt geworden, daß Graf Murawiew in Paris die Besetzung des **Gouverneurpostens** von **Kreta** mit dem Prinzen Georg wieder angeregt und daß eine Diskussion darüber zwischen den Kabinetten begonnen hat. In Yildizkreisen wird erklärt, daß der Sultan, überzeugt, daß sein Widerstand gegen diese Besetzung aussichtslos wäre, sich passiv verhalten würde.

Wie aus London gemeldet wird, erfährt die „Times", der englische Gesandte in Buenos Ayres habe den Auftrag erhalten, Protest zu erheben, falls eine neue Gesetzgebung geplant sein sollte, welche die schon bestehende Ungleichheit in der **Besteuerung** der **ausländischen** und **einheimischen Versicherungsgesellschaften** noch mehr erhöht. Der Gesandte soll ferner angewiesen worden sein, das Möglichste zu thun, um eine Gleichheit jener Besteuerung herbeizuführen.

Kleinere Nachrichten. Die „Birshewija Wjedomosti" beziehen sich auf den jüngsten Bericht über das realisirte **russische Reichsbudget** von 1897, nach welchem unter Anderem der Baarbestand der Reichsrentei 246½ Millionen betrug, und sagen, in diesem Jahre sei daher weder eine innere, noch äußere russische Anleihe zu gewärtigen. — Aus **Kopenhagen** wird gemeldet: Die hiesigen **Bäckergesellen** haben Montag in ihrer Generalversammlung mit großer Majorität den Vorschlag eines Schiedsgerichtes angenommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit sollte sofort nach der Konstituirung des Schiedsgerichtes, wahrscheinlich schon gestern, stattfinden. — In der Note, welche durch den serbischen Gesandten in Konstantinopel, Novakowitsch, der Pforte überreicht wurde, erklärt die **serbische Regierung,** falls ihrem Verlangen auf Hinzuziehung eines serbischen Delegirten in der Untersuchung wegen der im Vilajet Kossowo verübten **Gewaltthaten** nicht stattgegeben würde, so müßte die Regierung sich mit einem Memorandum an die Großmächte wenden, um die Sachlage, betr. die Arnautengreuel, klarzulegen. — Die montenegrinische Regierung wird sich bei der **Anarchistenkonferenz** in Rom durch den russischen Delegirten vertreten lassen. — Nach einer nach New-York gerichteten Meldung aus Managua genehmigte der **Kongreß** in **Nicaragua** ein provisorisches Abkommen zwischen dem Präsidenten Zelaya und den Amerikanern Cragin und Eyre betreffend den Bau eines **interozeanischen Kanals** und bevollmächtigte dieselben, mit der „Maritime Canal-Company", deren Konzession am 9. Oktober 1899 abläuft, zu verhandeln.

Das Kaiserpaar in Jerusalem.

Die Einweihung der Erlöser-Kirche war, wie bereits gestern gemeldet, von schönstem Wetter begünstigt. Se. Majestät der Kaiser hatte die Uniform der Gardes du Corps angelegt. Türkische Infanterie und deutsche Matrosen bildeten Spalier. Nach Beendigung des Festgottesdienstes trat Se. Majestät der Kaiser an den Altar und verlas die bereits gemeldete Ansprache. Das Amen sprachen alle Anwesenden nach. Hierauf wurden den Majestäten in der Muristan-Kapelle die Vertreter der evangelischen deutschen und außerdeutschen Kirchenregierungen vorgestellt. Sodann verlas der Präsident des Evangelischen Ober-Kirchenrathes, Dr. Barkhausen, die aus Anlaß der Einweihung der Kirche hinterlegte Urkunde, welche Se. Majestät der Kaiser sodann vollzog. Am Nachmittage veranstaltete die Gemeinde ein Fest, und Abends waren die Geistlichkeit und die Johanniterritter zu Sr. Majestät dem Kaiser geladen. In der Gemeinde sowohl, wie unter den Eingeborenen herrscht sehr begeisterte Stimmung.

Die „Kölnische Zeitung" meldet: Sicherem Vernehmen nach wird das Kaiserpaar Angesichts der ungewöhnlichen tropischen Hitze, die zur Zeit in Palästina herrscht, den auf zwei Tage berechneten Ausflug nach Jericho und ans Todte Meer aufgeben und demgemäß Jerusalem bereits zwei Tage früher, als es nach dem bisherigen Reiseprogramm vorgesehen war, also statt am 5., bereits am 3. November verlassen.

Dies wird uns, gegenüber den in der ausländischen Presse verbreiteten sensationellen Gerüchten, an unterrichteter Stelle als zutreffend bestätigt.

Se. Majestät der Kaiser begab sich am Montag früh zum Berg Zion und wohnte dort der Hissung der deutschen und der türkischen Flagge auf dem Grundstück dicht neben der Abendmahlsstätte bei, welches der Kaiser vom Sultan erworben und den deutschen Katholiken überlassen hat. Ferner empfing Se. Majestät eine vom Prinzen von Wales zur Begrüßung entsandte Abordnung von Johanniterrittern.

Am Nachmittag begaben sich Se. Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin auf das als „Dormition de la Sainte Vierge" bekannte Terrain, wo sich bereits der lateinische Patriarch von Jerusalem, Monsignor Piavi, der Direktor des deutschen katholischen Hospizes, Pater Schmidt, und mehrere andere römisch-katholische Geistliche eingefunden hatten. Auch hatte ein Detachement Matrosen von S. M. S. „Hertha" mit der Musik unter Führung des Korvettenkapitains v. Usedom daselbst Aufstellung genommen. Nachdem Se. Majestät der Kaiser die Anwesenden begrüßt, richtete er an dieselben folgende Ansprache:

„Wie vor 29 Jahren Se. Majestät der Sultan Abdul Aziz Meinem hochseligen Vater das Terrain übergeben hat, wo die heute eingeweihte evangelische Kirche steht, so hat Se. Majestät der jetzt regierende Sultan sich bewogen gefunden, Mir dieses Terrain zu überlassen, auf daß für die deutschen Katholiken zu deren Nutz und Frommen Gebäude darauf entstehen können. Indem Ich mit tiefem Dank an Se. Majestät den Sultan das Terrain übernehme, hoffe Ich, daß diese Gabe, die der Ausdruck inniger Freundschaft und zu gleicher Zeit eingehenden Interesses für Meine deutschen Unterthanen ist, nunmehr in der Hand des Deutschen Katholischen Palästina-Vereins zu einem Segen für Meine katholischen Unterthanen, speziell auch für die Bestrebungen im Heiligen Lande werden möge. Ich, Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen, übernehme hiermit nunmehr dieses Terrain."

Hierauf befahl Se. Majestät dem Matrosendetachement: „Präsentirt das Gewehr!" und ließ unter den Klängen des Präsentirmarsches auf dem Platze die königliche Standarte hissen. Monsignor Piavi sprach darauf in wärmsten Worten seinen Dank aus und fügte hinzu: „Le Saint Père est très-touché et très-reconnaissant de la sublime idée de Votre Majesté!" Alsdann hielt Pater Schmidt folgende Rede:

„Majestät, es ist für mich eine hohe Ehre, daß ich den Ausdruck der tiefsten Dankbarkeit von Seiten des Palästina-Vereins Eurer Majestät zu Füßen legen darf. Wir haben es an uns selbst erfahren wie auch in Deutschland vernommen, daß Euere Majestät die Bestrebungen des Palästina-Vereins stets mit großem Interesse verfolgt haben, und wir haben stets den Schutz Euerer Majestät genossen. Euerer Majestät innigst dankend, füge ich zugleich ein Versprechen hinzu, mit welchem ich sicher bin, dem Herzen Eurer Majestät entgegenzukommen: Wir stehen auf dem heiligen Berge Zion, von welchem geschrieben steht: „non commovebitur", ebenso fest und stark soll stehen die Treue der katholischen Unterthanen Euerer Majestät, sie soll immer und immer unerschüttert und fest stehen. Andererseits wissen Euere Majestät, daß der Ort, wo Sie stehen, geheiligt ist durch die Dormitio Beatae Mariae; hier ist die Heilige Jungfrau entschlafen. Den Segen der Heiligen Jungfrau wünschen wir von Herzen Euerer Majestät, sowie auch der erlauchten und geliebten Landesmutter. Der Berg Zion ruft auch die Gedanken an König David und König Salomo wach; am heutigen Tage darf ich wohl im Namen des Vereins vom heiligen Lande den Wunsch aussprechen: Gott gebe Euerer Majestät die Weisheit Salomos und zu diesem eine glorreiche und kraftvolle Regierung wie diejenige König Davids. Endlich, wenn ich von mir selbst jetzt sprechen darf, so haben Euere Majestät Sich herbeigelassen, meine Brust mit einem allerhöchsten Ehrenzeichen zu schmücken; ich spreche meinen innigsten Dank dafür aus. Unter dieser Dekoration schlägt ein gut deutsches, gut preußisches Herz; diese Auszeichnung wird dazu dienen, die Bande der Liebe und Anhänglichkeit an Kaiser, Reich und Kirche noch zu festigen."

Se. Majestät dankte dem Pater Schmidt und sprach, zu den Matrosen gewandt, etwa folgende Worte:

„Es ist eine ganz besondere Auszeichnung für Euch, daß Ihr der heutigen Feier an dieser Stelle beiwohnen könnt. Ich hoffe, Ihr werdet Euch dieser würdig erweisen, und wenn Ihr nach Hause kommt, werdet Ihr Euren Verwandten und Freunden erzählen können, daß Ihr Gelegenheit erhalten und benutzt habt, die Stätten zu sehen, wo unser Heiland lebte und für uns litt."

Kapitain v. Usedom erwiderte namens der Truppe, daß dieselbe ihr Bestes daran setzen werde, um sich der ihr gewordenen Auszeichnung durch immer größeren Eifer in der Erfüllung ihrer Pflichten immer würdiger zu erweisen, und schloß mit einem Hurrah auf Se. Majestät den Kaiser.

Die „Karlsruher Zeitung" schreibt: Se. Majestät der Kaiser hat Sr. königl. Hoheit dem Großherzog gestern folgendes Telegramm zugehen lassen:

„Jerusalem, 31. Oktober. Unter dem Eindruck der erhebenden Feier der Einweihung der Erlöser-Kirche ist es Mir Herzens-